



Wann der Ruhestand beginnt – und wie viel dann bleibt –, wird für viele zur entscheidenden Frage.



SOZIALES

Länger arbeiten für weniger Rente

Rentenlücke wird laut neuen Berechnungen immer größer

Ein Arbeitsleben lang einzahlen – und im Alter trotzdem deutlich weniger zur Verfügung haben: Für viele jüngere Arbeitnehmer wird genau das zur neuen Realität. Neue Berechnungen zeigen: Künftige Renten könnten im Schnitt nur noch rund 60 Prozent des letzten Gehalts ausmachen.

Die Beratungsgesellschaft Smileconomy bezifferte in einer aktuellen Studie die künftige Ersatzrate mit 63

Prozent. Aber was heißt das konkret, eine Ersatzrate von 63 Prozent? Wer vor dem Ruhestand 2000 Euro im Monat verdient, käme im Schnitt nur noch auf rund 1260 Euro Pension. Bei 2500 Euro wären es etwa 1575 Euro.

Früher war das anders. Im alten lohnbezogenen System, dem sogenannten „sistema retributivo“, konnte die gesetzliche Rente bei einer Erwerbsbiografie von 40 Beitragsjahren noch

rund 80 Prozent des letzten Gehalts erreichen. Diese Faustregel gilt heute immer weniger. Fast deckungsgleich sind die Zahlen von Censis und Confcooperative, die beim „Festival dell’Economia“ vergangene Woche in Trient vorgestellt wurden. Wer heute in Pension geht, erhält demnach im Schnitt noch 81,5 Prozent der letzten Entlohnung. Für jene, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten, könnte dieser Wert bis 2060 auf 64,8 Prozent sinken.

Ursächlich dafür ist die Dini-Reform: Für alle, die ab 1996 erstmals Beiträge eingezahlt haben, hängt die Pension wesentlich stärker von den tatsächlich geleisteten Beiträgen ab. Die Fornero-Reform hat diese Beitragslogik ab 2012 auf alle Arbeitnehmer ausgeweitet.

Die Rente ist damit immer stärker die Summe des Erwerbslebens. Wer spät einsteigt, niedrige Löhne hat, längere Unterbrechungen verzeichnet oder

als Selbstständiger geringere Beiträge einzahlt, baut automatisch einen kleineren Pensionsanspruch auf. Genau daraus entsteht die Rentenlücke: zwischen dem letzten Einkommen vor der Pension und dem Betrag, der im Ruhestand tatsächlich monatlich zur Verfügung steht.

Späterer Renteneintritt

Gleichzeitig verschiebt sich der Pensionsantritt weiter nach hinten. Die reguläre Altersrente bleibt 2026 zwar bei 67 Jahren. Ab 2027 steigt sie aber auf 67 Jahre und einen Monat, ab 2028 auf 67 Jahre und drei Monate. Auch die Voraussetzungen für die vorzeitige Pension werden strenger: Für Männer sind 2026 weiterhin 42 Jahre und 10 Monate an Beiträgen nötig, für Frauen 41 Jahre und 10 Monate. 2028 steigen diese Schwellen auf 43 Jahre und einen Monat beziehungsweise 42 Jahre und einen Monat.



Mehrere frühere Ausstiegsmöglichkeiten wurden nicht verlängert, darunter „Opzione Donna“ und „Quota 103“. Die Richtung ist damit klar: Die Regierung will frühere Pensionierungen zurückdrängen und die Erwerbsphase verlängern, um die Rentenausgaben zu begrenzen. Für die Arbeitnehmer bedeutet das aber nicht automatisch eine ausreichende Rente. Sie müssen länger arbeiten – und stehen im Alter dennoch vor einer möglichen Einkommenslücke.

Wie weit Wunsch und Wirklichkeit auseinandergehen können, wird beim Thema Rente besonders sichtbar. Laut einer aktuellen Moneyfarm-Umfrage nennt ein großer Teil 61 bis 65 Jahre als angemessenes Pensionsalter. Nur eine Minderheit hält 67 Jahre für richtig. Gleichzeitig unterschätzen viele, wie lange sie von ihrer Pension leben müssen.

„Neue Form der Armut droht“

Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstituts AFI, sieht in den neuen Berechnungen ein klares Warnsignal. Armut sei heute breiter zu denken als früher. Lange wurde sie vor allem mit geringer Bildung, fragilen Lebenslagen oder sehr schwacher Einbindung in den Arbeitsmarkt verbunden. Künftig könnte aber eine weitere Gruppe stärker in den Blick rücken: Menschen, die zwar ein Arbeitsleben hinter sich haben, im Alter aber dennoch mit einer zu niedrigen Rente dastehen. „Das ist eine Form neuer Armut“, sagt Perini.

Besonders gefährdet seien Arbeitnehmer mit brüchigen Erwerbsbiografien – also Personen, die sich über Jahre von einem befristeten, schlecht bezahlten oder prekären Arbeitsverhältnis zum nächsten hangeln. „Dieser Kreis droht sich deutlich zu erweitern“, warnt der AFI-Direktor.

„Früh anfangen, auch mit kleinen Beträgen“

Auf die wachsende Rentenlücke weist auch Matteo Migazzi, Geschäftsführer von Pensplan Centrum, hin. Das Risiko sei konkret, beim Rentenantritt mit einem deutlich niedrigeren Betrag dazustehen als im Arbeitsleben.

Umso wichtiger sei es, rechtzeitig gegenzusteuern. Die Zu-



Hauptsache früh beginnen: Gerade bei jungen Arbeitnehmern kann bei der Zusatzvorsorge und beim privaten Vermögensaufbau Zeit mehr bewirken als große Beträge.

satzvorsorge biete konkrete Instrumente, um diese Lücke zu verringern – auch wegen der steuerlichen Absetzbarkeit der Einzahlungen und des Arbeitgeberbeitrags, der in den meisten Kollektivverträgen vorgesehen sei.

Migazzi empfiehlt, möglichst früh zu beginnen, idealerweise schon mit dem ersten Arbeitsverhältnis. „Die Zusatzvorsorge wirkt umso besser, je län-



„Ein zentraler Hebel ist und bleibt die Lohndynamik.“

STEFAN PERINI,
AFI

ger der Zeithorizont ist“, sagt er.

Gerade für junge Menschen könnten auch kleine monatliche Beträge einen Unterschied machen. Entscheidend seien nicht große Summen am Anfang, sondern Kontinuität und Zeit. Durch den langen Anlagehorizont und den Zinseszinsseffekt könnten auch begrenzte Beiträge über Jahre zu einem relevanten Kapital anwachsen. Wer dagegen lange warte, müsse später deutlich höhere Beträge einzahlen, um ein ähnliches Ergebnis zu erreichen.

„So kann das nicht funktionieren“

Dem pflichtet auch Perini bei. „Zusatzvorsorge ist ohne Zweifel

sehr wichtig.“ Das Problem sei aber, dass sich nicht alle Arbeitnehmer leisten könnten, einen Teil ihres Einkommens zur Seite zu legen – geschweige denn zusätzlich privat vorzusorgen, etwa über Wertpapiere oder andere Formen der dritten Säule. In den AFI-Arbeitnehmerbefragungen würden meist 30 bis 35 Prozent der Befragten angeben, nur mit Schwierigkeiten über die Runden zu kommen.

Einerseits setze der Sozialstaat – etwa bei Rente, Pflege

und Gesundheit – immer stärker auf Eigenleistungen der Bürger. Andererseits seien die Löhne vielfach nicht hoch genug, um diese zusätzlichen Ausgaben für die Vorsorge zu tragen. Und die Steuer- und Abgabenlast werde noch dazu kaum verringert. „So kann das nicht funktionieren“, sagt er. „Ein zentraler Hebel ist und bleibt die Lohndynamik, gekoppelt mit der steuerlichen Entlastung von Erwerbseinkommen. Und die ist in Südtirol nicht in ausreichendem Maße gegeben.“

Migazzi räumt ein, dass Zusatzvorsorge für viele Haushalte schwierig ist. Dennoch plädiert er dafür, das Thema nicht erst dann anzugehen, wenn zufällig etwas Geld übrig ist. „Zusatzvorsorge muss vielmehr als fixer Teil der persönlichen Finanzplanung verstanden werden.“ Dafür brauche es mehr Finanzbildung und mehr Bewusstsein. Dass die Zahl der Beitritte bei Zusatzrentenfonds steigt und Bildungsinitiati-



„Zusatzvorsorge muss als Teil der persönlichen Finanzplanung verstanden werden.“

MATTEO MIGAZZI,
PENSPLAN

ven auf Interesse stoßen, zeige laut Migazzi, dass dieses Bewusstsein langsam wächst. (hil)

© Alle Rechte vorbehalten